

1 **Antrag 41/II/2017**

2 **Jusos LDK**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Lehrkräftemangel war gestern – Für eine zukunftsorien-**
6 **tierte Lehramtsausbildung!**

7 **Für eine Berliner Bildungsallianz – Studienplatzgaran-**
8 **tie für Lehramt**

9 Die wachsende Stadt Berlin braucht eine neue Bil-
10 dungsoffensive. Berlin ist eines der wenigen Bundeslän-
11 der, das die Lehrkräfte nicht verbeamtet, sondern an-
12 stellt. Um Anreize für eine Tätigkeit in Berlin zu schaf-
13 fen, liegen die Einstiegsgehälter auf einem vergleichs-
14 weise hohen Niveau. Die Maßnahmen genügen nicht
15 es herrscht weiterhin großer Lehrkräftemangel. Neben
16 dem kontinuierlichen Anstieg schulpflichtiger Kinder
17 bzw. Jugendlicher und den Pensionierungswellen, kann
18 ein allgemeiner Mangel an Ausbildungsplätzen als Ur-
19 sache herangezogen werden. Letzteres ist das Resultat
20 zweier Punkte: 1. Seit Jahren ist ein nicht ausreichen-
21 des Angebot für das Grundschullehramt an den Berliner
22 Hochschulen zu verzeichnen. Einerseits gibt es an den
23 Berliner Hochschulen die Tendenz, vorrangig Lehramts-
24 studierende für die weiterführenden Schulen auszubil-
25 den. Dies führte zu einer beschränkten Kapazität für
26 die Lehramtsausbildung im Grundschulbereich. Ande-
27 rerseits ist das ein strukturelles Problem der Landespo-
28 litik. Die Hochschulen Berlins sind verpflichtet, ihr Stu-
29 dienangebot für das Lehramt mit der zuständigen Sen-
30 atsverwaltung für Bildung abzustimmen („Hochschul-
31 verträge“). Da dies oft im Sinne einer schnellen Über-
32 brückung des allgemeinen Lehrkräftemangels geschah
33 und eben hauptsächlich den Bedarf an Lehrer*innen an
34 weiterführenden Schulen decken sollte, wurden viele
35 am Studium für das Lehramt an Grundschulen Inter-
36 essierte nicht berücksichtigt. 2. Viele entschieden sich
37 aber auch gegen das Grundschulstudium aus finanziel-
38 len Gründen. Es bestand bzw. besteht ein nicht uner-
39 heblicher Lohnunterschied zwischen dem Grundschul-
40 lehramt und Lehramt an Gymnasien. ‘Bestand’ daher,
41 weil zu dem Schuljahr 2017/18 das Gehalt neu einge-
42 stellter Lehrer*innen an das der Gymnasiallehrkräfte
43 angeglichen wurde. ‘Bestehen’ insofern, weil von die-
44 ser Regelung bereits angestellte Lehrkräfte sowie in
45 diesem Bereich tätige Quereinsteiger*innen sowie sog.
46 „LuKs“, also langjährige Horterzieher*innen mit DDR-
47 Lehrerausbildung für untere Klassen, betroffen sind. Die
48 unterschiedliche Bezahlung muss ein Ende haben. Wir
49 fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Ein Auspielen
50 der verschiedenen Lehramtstypen gegeneinander führt
51 letztlich zu einem Zwei-Klassen-Bewusstsein. Egal, ob
52 Quereinstieg oder “klassisches” Lehramtsstudium: Gu-
53 ter Unterricht hängt von vielen Faktoren ab, welche
54 sich erst bei aktiver Ausübung des Berufes herausstel-
55 len. Daher sollte nicht die Frage sein, wie jemand aus-
56 gebildet wurde, sondern wie diese Person unterrichtet.
57 Dass dabei der Lohn für alle gleich sein muss, gilt als
58 Ausgangspunkt eines respektvollen Umgangs mit so-
59 wie Wertschätzung für die Berufsgruppe insgesamt.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58

Daher fordern wir

- ein angemessenes, zukunftsorientiertes Angebot an Studienplätzen an den Berliner Hochschulen, das in einem engen Dialog mit dem Senat, den Hochschulen sowie der Gewerkschaft entwickelt und die zukünftige Entwicklung in diesem Berufsfeld entsprechend berücksichtigt. Dabei spielen die Herausforderungen der Berliner Bildungslandschaft eine ernstzunehmende Rolle, wodurch eine Bemessung der Quoten für die Bereitstellung von Lehramtsstudiengängen jährlich zu evaluieren ist und für das kommende Semester entsprechend aktualisiert werden muss. Langfristig wollen wir eine Abschaffung der Quoten und allen Menschen die möchten einen Zugang zum Lehramtsstudium ermöglichen.
- dass bei einem größeren Angebot an Studienplätzen die staatlichen Mittel für die jeweiligen Hochschulen proportional aufgestockt werden.“
- eine Studienplatzgarantie für den Übergang in den Master für alle Lehramtsstudiengänge.

Lehramtsausbildung reformieren!

Wie bereits erwähnt, reagiert Berlin auf den Lehrkräftemangel mit der Einstellung von Quereinsteiger*innen. Diesen Schritt auch weiterhin zu gehen, so wie es seitens der Senatorin für Bildung verkündet wurde, ist in der jetzigen Situation nötig, dennoch sehen wir diese Personalentwicklung kritisch. Nur müssen dafür weitere Aspekte berücksichtigt werden. Allgemein kann unter Quereinsteiger*in eine Person mit abgeschlossenem Studium verstanden werden, die eine berufsbegleitende Ausbildung absolviert und dann eine Staatsprüfung bestehen muss. Zur Orientierung: von den in diesem Jahr rund 3000 neu eingestellten Lehrkräften sind 1247 aus anderen Berufen in die Schulen gewechselt. Erfreulich ist daran, dass alle freien Stellen im Land besetzt werden konnten. Von dieser Gruppe fanden viele den Weg in die Grundschulen. In diesem Jahr startete zudem der sog. Q-Master – ein spezieller Masterstudiengang für Quereinsteiger*innen – in dem grundlegende didaktische sowie erziehungswissenschaftliche Inhalte vermittelt werden. Voraussetzungen für diesen zweijährigen Master, für den im Wintersemester lediglich 30 Studierende zugelassen wurden, ist allerdings ein Hochschulabschluss (kein Kombibachelor!) mit insgesamt 110 ECTS in zwei relevanten Fächern; davon mind. 20 ECTS im zweiten Fach. Darüber hinaus können nur folgende Unterrichtsfächer studiert werden: Für das Erstfach verpflichtend entweder Informatik, Mathematik, Physik, Englisch, Französisch, Italienisch oder Spanisch sowie ausschließlich Deutsch oder Geschichte im Zweitfach. Dieses Angebot richtet sich nach sogenannten “Mangelfächern”; also Fächer, für die es weniger Absolvent*innen gibt, um den aktuellen Bedarf an den Schulen zu decken. Zwar ist der Schritt, einer flexibleren Lehramtsausbildung zu begrüßen, dennoch ist auf-

1 fallend, dass hier keine explizite pädagogische Differen-
 2 zierung zwischen den verschiedenen Schultypen statt-
 3 findet; vor allem muss an dieser Stelle eine Beachtung
 4 grundschulpädagogischer Konzepte erfolgen. Darüber
 5 hinaus muss der Quereinstieg eine gesonderte Betreu-
 6 ung erfahren, da die regulären Studiengänge eine erste
 7 praktische Phase von einem Semester vorsehen, im Rah-
 8 men dessen ein Einleben in die Rolle der Lehrkraft oh-
 9 ne Leistungs- bzw. Notendruck gewährleistet ist („Pra-
 10 xissemester“ als Teil des Masterstudiums). Diese Erfah-
 11 rung fehlt den Q-Masterstudierenden. Daher muss eine
 12 entsprechende Betreuung im Kontext eines Mentoring-
 13 Programmes konzipiert werden, das ggf. auftretende
 14 Schwierigkeiten und Probleme während der Praxiser-
 15 fahrung im Vorbereitungsdienst besprechen und lösen
 16 kann. Auch hier bedarf es mehr Kapazitäten an den
 17 Schulen. Vor allem sollten dabei alle Schultypen, vor al-
 18 lem Grund- und Berufsschulen, gestärkt werden, sodass
 19 auch Anreize in Form von Lohn, flexibler Arbeitszeit (Re-
 20 duktion der Pflichtpräsenz) sowie Qualifizierungsange-
 21 bote geschaffen werden. Außerdem darf es keine Lohn-
 22 unterschiede zwischen Quereinsteiger*innen und de-
 23 ren Kolleg*innen geben.

24

25 **Daher fordern wir:**

- 26 • die Bildungsoffensive im Land Berlin an vielen Stel-
 27 len zu stärken. Darunter verstehen wir die Öff-
 28 nung der Lehramtsausbildung. Der Q-Master muss
 29 um einen Q-Grundschulmaster und mit deutlich
 30 mehr Studienplätzen ergänzt werden. Darüber hin-
 31 aus sollen auch Studierende mit Kombibachelor
 32 die Möglichkeit haben, sich dafür erfolgreich ein-
 33 zuschreiben. Des Weiteren sollen die Möglichkeit
 34 zur Einschreibung auch dann gegeben sein, wenn
 35 keine 20 ECTS in einem weiteren relevanten Fach
 36 gegeben sind. Stattdessen soll eventuelle Berufser-
 37 fahrung in einem weiteren relevanten Fach mit be-
 38 rücksichtigt werden oder innerhalb des Q Masters
 39 die Möglichkeit der Nachholung dieser Qualifikati-
 40 on gegeben sein. Die strikte Fächerbindung lehnen
 41 wir ab! Gerade Berufsschulen können von Querein-
 42 steiger*innen profitieren. Hier müssen Anreize ge-
 43 schaffen werden, dass insgesamt mehr Lehrkräfte
 44 eingesetzt werden.
- 45 • die didaktisch-pädagogische Qualität – gerade
 46 für Quereinsteiger*innen – an allen Schulen zu
 47 sichern. Dies kann nur anhand einer angemess-
 48 enen Mentoring- und Feedbackkultur, die in
 49 Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gruppen
 50 (Schüler*innenvertretung, Lehrkräften, Schul-
 51 leitung, Gewerkschaften, Senatsverwaltungen)
 52 entwickelt wird. Dabei muss ein Mentoringpro-
 53 gramm (Betreuung) sichergestellt werden.
- 54 • Darüber hinaus fordern wir, dass die Unterrichts-
 55 pflichtstunden für Quereinsteiger*innen reduziert
 56 und den Unterrichtspflichtstunden von Referen-
 57 dar*innen gleichgestellt wird.
- 58 • die finanzielle Anpassung von allen Lehrenden, oh-

1 ne Ausnahme. Das bedeutet, dass die Anhebung
 2 des Gehalts aller Lehrer*innen auf E13 Berliner Rea-
 3 lität werden muss. Darunter fallen auch die sog.
 4 LuK-Lehrkräfte. Eine allgemeine Anerkennung des
 5 Berufes darf nicht aufgrund der verschiedenen Bil-
 6 dungsverläufe (in unterschiedlichen Systemen) er-
 7 folgen. Die praktische Tätigkeit muss klar im Vor-
 8 dergrund stehen. Nachsichtiges politisches Han-
 9 deln heißt auch, Lohngerechtigkeit für alle Lehrkräf-
 10 te durchzusetzen! Deshalb fordern wir auch, dass
 11 das Gehalt von Lehrer*innen zu 100% tariflich gesi-
 12 chert wird – das gilt auch für die Zulage für ange-
 13 stellte Lehrer*innen, die Berlin bisher außertariflich
 14 zahlt.

- 15 • eine schnelle Eingliederung von Lehrkräften aus an-
 16 deren Bundesländern, die dort verbeamtet waren,
 17 auf Grundlage des in Berlin geltenden Lohns zu ge-
 18 währleisten. Das langfristige Ziel muss ein flecken-
 19 deckend einheitliches Gehalt für alle Bundesländer
 20 sowie die Abkehr vom Beamtenstatus sein, dessen
 21 Kern dem Grundsatz eines solidarischen Verständ-
 22 nisses des qualitativ hochwertigen Lehrberufs ent-
 23 gegensteht.

24
 25 **Den Vorbereitungsdienst endlich stärker an die Lebens-**
 26 **welt der Referendar*innen ausrichten!**

27 Die strukturellen Probleme Berlins in der Bildung sind
 28 im Kern hausgemacht. Viel zu lange wurden die bil-
 29 dungspolitischen Realitäten ausgeblendet, Sparmaß-
 30 nahmen wohlwissend um deren fatale Folgen durch-
 31 gesetzt und eine politische Neuausrichtung nicht mu-
 32 tig genug verfolgt. Damit muss Schluss sein! Bildung
 33 ist eines der zentralsten Elemente unserer Gesellschaft.
 34 Nur durch Bildung können Menschen befähigt werden,
 35 selbstbestimmt zu leben. Daher muss die Politik alles
 36 daran setzen, die bestmöglichen Voraussetzungen zu
 37 garantieren. Ein hier angesprochener Bereich umfasst
 38 die Lehrenden und deren Ausbildung. Es ist höchste Zeit
 39 die strukturellen Voraussetzungen zu reformieren. Ge-
 40 rade in der Planung und Bereitstellung der Studienplät-
 41 ze für Lehramtsstudierende muss entsprechend schnell
 42 gehandelt werden. Die in diesem Jahr beschlossenen
 43 Hochschulverträge für die kommenden fünf Jahre se-
 44 hen eine Erhöhung der Studienplätze auf insgesamt
 45 2000 vor. Das ist in Anbetracht der in den nächsten Jah-
 46 ren dringend benötigten und nicht verfügbaren Lehr-
 47 kräfte – Prognosen sagen, dass zwischen 40.000-50.000
 48 Lehrer*innen bundesweit fehlen werden, um eine an-
 49 gemessene Beschulung zu gewährleisten – fatal. Viel-
 50 mehr müssen Möglichkeiten eruiert werden, sodass auf
 51 finanzielle Spielräume jährlich (flexibel!) zurückgegrif-
 52 fen werden kann und die Hochschulen die Studienplät-
 53 ze individuell von Jahrgang zu Jahrgang erhöhen kön-
 54 nen. Fest steht: 2000 Plätze decken den Bedarf bei Wei-
 55 tem nicht!

56
 57 Bei all den Diskussionen über einen schnelleren Einsatz
 58 von Lehrer*innen in den Schulen darf die Qualität der

1 Ausbildung nicht herabgesetzt werden. Das bedeutet,
2 einerseits die Dauer des Vorbereitungsdienstes auf dem
3 aktuellen Stand von 18 Monaten zu belassen und keine
4 Kürzung vorzunehmen, wie es bspw. andere Bundeslän-
5 der vorhaben oder bereits umgesetzt haben. Darüber
6 hinaus muss sich die Betreuung während des Vorberei-
7 tungsdienstes verbessern. Viele Schulen haben Schwie-
8 rigkeiten, die ohnehin dringend benötigten Fachlehr-
9 kräfte für die Betreuung der Referendar*innen abzu-
10 stellen. Hier müssen Schulen, Hochschulen, Senatsver-
11 waltungen und die Bundesebene zusammenarbeiten.
12 Die Praxiserfahrung zählt zu den wichtigsten Momen-
13 ten in der Lehramtsausbildung. Gerade hier dürfen Ein-
14 stiege*innen nicht allein gelassen werden. Das bedeu-
15 tet auch, die Lebensentwürfe individuell zu berücksich-
16 tigen. Die Möglichkeit eines Referendariats in Teilzeit
17 stellt dabei einen wichtigen, wenn auch nicht konse-
18 quent zu Ende gedachten Schritt dar. Obwohl es die
19 Möglichkeit seitens des Landes Berlin gibt, den Vorbe-
20 reitungsdienst in Teilzeit zu absolvieren, bestehen noch
21 immer Hindernisse. So ist eine Teilzeitbeschäftigung
22 derzeit für "Beamte auf Widerruf" nicht möglich, weil
23 beamtenrechtliche Vorschriften dem entgegenstehen
24 würden. Bewerber*innen für den Vorbereitungsdienst,
25 die diesen in Teilzeit absolvieren möchten, können je-
26 doch in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsver-
27 hältnis beschäftigt werden. Dies würde aber eine redu-
28 zierte Unterhaltsbeihilfe von 75% des regulären Betrags
29 und die Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen
30 bedeuten. Oft sind Frauen von dieser Regelung betrof-
31 fen, die eine Teilzeit-Option wählen, da sie sich neben
32 der beruflichen Ausbildung noch um die Kinder und Fa-
33 milie kümmern. Gerade hier sollte ein klares Signal ge-
34 sendet werden, um Betroffenen eine maßgebliche Un-
35 terstützung zu ermöglichen.

36

37 Daher fordern wir

- 38 • eine jährliche Bemessung der Studienplätze für
39 Lehramtsstudierende unter Supervision der Senats-
40 verwaltung Bildung, wobei die Gewichtung des An-
41 gebots sich nach der aktuellen Entwicklung des Be-
42 darfs richtet.
- 43 • die Anhebung der Beiträge des Vorbereitungsdienst
44 in Teilzeit auf das Niveau der Vollzeit sowie vollstän-
45 dige Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge
46 durch das Land Berlin.
- 47 • die Betreuung im Rahmen des Referendariats flä-
48 chendeckend zu gewährleisten. Dafür müssen na-
49 türlich Lehrkräfte abgestellt werden. Diese sol-
50 len neben Entlastungsstunden auch eine finanzia-
51 elle Entschädigung erhalten. Sinnvoll wären auch
52 Modelle, die Teilzeit-Lehrkräfte mit einschließen.
53 Es soll daher eine Expert*innengruppe mit Vertre-
54 ter*innen aller Bereiche eingesetzt werden, die die
55 Be- und Entlastung aller Ausbildungsschulen unter-
56 sucht und ein Modell der Kooperation zur Betreu-
57 ung von Referendar*innen entwickelt.

58

1 dass die Dauer des Vorbereitungsdienstes die Ausbil-
2 dungsqualität nicht beeinträchtigt. Eine Kürzung im
3 Sinne einer schnelleren Verfügbarmachung der Lehr-
4 kräfte lehnen wir ab. Zudem fordern wir eine lückenlose
5 Umsetzung des modularen Aufbaus des Referendariats:
6 die zur Endnote benötigten Leistungen können im Rah-
7 men unterschiedlicher Prüfungsformen (bspw. Referat,
8 Hausarbeit, mündl. Gespräch) erfolgen und orientieren
9 sich dabei an den lebensweltlichen Kontexten sowie in-
10 dividuellen Bedürfnissen der Referendar*innen.